

Stichwortprotokoll

von der Tagung der Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen die Isolationshaft vom 8. September 1979 in Paris

(wird noch ergänzt von Wienke Zitzlaff)

Teilnehmer : Claude Bourdet  
Gérard Soulier  
Stefano Mistura  
Tony Gifford  
Jean Pierre Faye  
Georges Casalis  
Wienke Zitzlaff  
Christa Cullen  
Charlotte Granier (als Dolmetscherin)

Wienke Zitzlaff gibt einen Bericht über die Konstituierung der Kommission, sowie über die Bemühungen um Verhandlungen anlässlich des Abbruchs des Hungerstreiks. Die Gefangenen erwarten nun von den Mitgliedern der Kommission, dass sie von ihnen besucht werden. Wir müssen heute klären, ob wir als Gruppe wirklich mit den Gefangenen zusammen und gegen diese Haftbedingungen einsetzen wollen und wie wir das tun wollen.

Vorschläge:

Ziel der Zusammenlegung von 15 Gefangenen zu einer Gruppe;  
Abschaffung der Sicherheitstrakte;  
Verhinderung der Psychiatrisierung von Siegfried Haag und Günther Sonnenberg;

Man kann hier die Freilassung von Günther Sonnenberg und Irmgard Möller diskutieren, der es sehr schlecht geht. Aber man muss wissen, dass die deutsche Justiz nur einen Gefangenen freilässt, wenn er in einem Zustand ist wie Werner Hoppe vor seiner Entlassung

Ich erhoffe mir von der Kommission, dass sie Kontakte mit Amnesty International und Weltkirchenrat aufnimmt, mit dem Internationalen Roten Kreuz, mit der UNO. Und ich denke, dass es notwendig ist, dass jedes Mitglied in seinem Land weitere Unterstützer hat. So wie die französische Unterstützergruppe während des Hungerstreiks bei der Deutschen Botschaft vorstellig geworden ist, müssten auch in London, Rom und Amsterdam ähnliche Aktionen möglich sein.

Weiter ist zu fragen, ob sich die Kommission ein Statut gibt und wie sie sich endgültig nennt.

Nach längerer Diskussion und Abwägung verschiedener Vorschläge entschied man sich für "Internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen die Isolationshaft"

Vorschlag von Gérard Soulier:

Eine Art von Adoption, d.h. eine Person aus dem Kreis der Mitglieder und Unterstützer der Kommission übernimmt einen Gefangenen, den sie besucht und dessen Haftbedingungen sie überwacht.

Nochmals zur Namensgebung und hier zum Vorschlag der Lübecker Frauen:

C. Bourdet hat gewisse Bedenken gegen das Wort "Kontroll"-Kommission, wenn man die Möglichkeit erhalten will, mit der Bundesregierung zu verhandeln.

Gérard Soulier verweist auf die internationale Bedeutung der Arbeit der Kommission insbesondere für die zu lebenslänglicher Haft Verurteilten. Er führt als Beispiel Hanna Krabbe an, die er schon einmal besucht hat.

Hier vertritt Wienke Zitzlaff die Meinung, dass auch Hanna Krabbe nicht zu Recht lebenslänglich verurteilt ist und dass sie nicht akzeptieren kann, dass Hanna Krabbe ein Leben lang in Haft bleibt.

Stefano Mistura teilt mit, dass Panella es abgelehnt hat, Mitglied der Kommission zu werden.

Tony Gifford:

Die Kommission muss auf humaner Ebene arbeiten. Wir richten nicht über die Delikte, derentwegen die Gefangenen in Haft sind. Er ist nicht der Meinung, dass man die Gefangenen als politische Gefangene bezeichnen sollte. Das mache die Interventionen bei den Behörden nur schwieriger. Er findet es richtig, die Gefangenen zu besuchen, weil dies die einzige Gelegenheit ist, sich aus eigener Anschauung zu informieren, damit man sagen kann, dass man selbst dort war. Es ist nicht genug, nur Telegramme zu schicken und Unterschriften zu sammeln, sondern man muss selbst hingehen. Nicht zuletzt ist das auch wichtig für die Moral der Gefangenen.

Wienke Zitzlaff erläutert das Konzept der Lübecker Frauen als Grundlage für die Arbeit der Kommission.

Claude Bourdet:

Wir haben in unserem Brief an die Minister das Wort "politische" Gefangene vermieden, weil die Minister geantwortet hätten: "Es gibt keine politischen Gefangenen in der BRD". Man muss in der Lage sein, Verhandlungen mit der Bundesrepublik anzubieten. Wenn sie diese Verhandlungen aber ablehnt, dann sind wir in der Lage, diese Tatsache öffentlich anzuklagen.

Wienke Zitzlaff:

Wichtig ist: Welches ist die Position der Kommissionsmitglieder gegenüber den Gefangenen? Wenn die Kommissionsmitglieder für sich die politischen Gefangenen als solche akzeptieren, dann kann es ein taktisches Vorgehen sein, dass man das Wort "politisch" gegenüber der Regierung auslöst.

Claude Bourdet:

Wienke will, dass wir denken und wissen, dass es politische Gefangene sind. Das Problem ist, wie wir offiziell gegenüber der Regierung verhandeln.

G. Soulier:

Für uns sind das Gefangene, die in einer bestimmten Lage sind.

Zum Thema Hungerstreik 1974 mit der Forderung nach Übernahme in den Normalvollzug / Tod von Holger Meins:

Wienke Zitzlaff erwähnt den Brief von Heinemann an Ulrike Meinhof und ihre Antwort darauf: "Wir sind auch einverstanden, wenn wir aus der Isolation herauskommen in anderen Formen." Der Hungerstreik dauerte damals von September bis

Februar und die Haftbedingungen sind nicht geändert worden! Die Gefangenen  
verpflichten auf den Normalvollzug, weil Holger Meins im Hungerstreik für den  
Normalvollzug gestreikt ist.

Der Justizminister hat erklärt, er sei nicht bereit, den Normalvollzug einzuführen.  
In Berlin denkt der Justizsenator an die Gruppierung von bis zu 15 Gefangenen.  
Das ist eine Gelegenheit, sie beim Wort zu nehmen, weil es sonst noch weitere  
Tote geben könnte.

Der Brief von Claude Bourdet an die beiden Bundesminister wird verlesen und  
diskutiert. Später im Gespräch bringt Wienke Zitzlaff die Kritik der Gefangenen  
an der Stelle des Briefes an, in der davon die Rede ist, dass die Gefangenen  
in eine Stimmung von Verzweiflung geraten seien und das Gefühl hätten, von der  
ganzen Welt aufgegeben zu sein. Wienke berichtet, dass dieser Satz die Gefangenen  
sehr verletzt habe, weil sie weder verzweifelt sind noch sich von der ganzen  
Welt aufgegeben fühlen. Nicht aus Verzweiflung setzten sie den Hungerstreik ein,  
sondern als das einzige ihnen verbliebene Kampfmittel gegen die Isolationshaft.  
Antwort von Claude Bourdet: Das verstehe ich.

G. Soulier will wissen, warum die Haftbedingungen bei den einzelnen Gefangenen  
so unterschiedlich festgelegt sind (Beispiel: Verena Becker im Normalvollzug -  
Hanna Krabbe total isoliert).

Unsere Antwort: Gefangene, die bereits verurteilt sind, unterstehen nur noch  
den Bestimmungen der Vollzugsanstalt. Und hier werden die Haftbedingungen von  
Land zu Land und von Anstalt zu Anstalt unterschiedlich festgesetzt.

Ausserdem können die Gefangenen nie davon ausgehen, dass einmal festgesetzte  
Haftbedingungen bestehen bleiben. Sie müssen im Gegenteil immer damit rechnen,  
dass sie von einer Stunde zur anderen wieder geändert bzw. verschärft werden.

Géard Soulier:

Der ständige Wechsel in den Haftbedingungen muss akzeptiert werden und  
es muss in die Forderungen aufgenommen werden, dass beständige Haftbedingungen  
eingerrichtet werden.

Claude Bourdet:

Was mir wichtig erscheint ist, was kann man jetzt noch bei der Regierung  
unternehmen? Wichtig sind Besuche bei den Gefangenen und Verbindung mit anderen  
Organisationen. Aber was können wir gegenüber der Regierung unternehmen?

Stefano Mistura:

Ich hatte eine Diskussion mit Petra Krause und dem italienischen Psychiater  
Sergio Piro aus Neapel, der ebenfalls bereit ist, die Kommission zu unterstützen  
und mit ihr zusammenzuarbeiten. Ich glaube, dass das Ziel der Kommission in  
drei Teile aufgeteilt werden sollte: Einmal die Besuche bei den Gefangenen,  
zum zweiten der Versuch, Gespräche mit dem Ministerium zu führen, um die  
Haftbedingungen zu diskutieren selbst dann, wenn kaum Hoffnung auf eine positive  
Antwort besteht, denn die Regierung kann nur eine Antwort geben, die im Einklang  
mit ihren Gesetzen steht. Zum Dritten müsste die Kommission in allen Ländern  
einen Kampf gegen die Haftbedingungen einleiten. Ich glaube, dass das Ziel der  
Kommission noch viel grösser werden müsste als es jetzt noch ist, denn auch  
das Problem, das sich stellt, ist viel grösser.

Wenn es die Politik der einzelnen Länder ist, die Haft unter dem Mantel des  
Schweigens zu vollziehen, müsste es die Kommission als ihre Kardinalaufgabe  
ansehen, daraus in allen Ländern ein öffentliches Problem zu machen.

Sergio Piro ist bereit, die Kommission zu den Gesprächen mit den Ministern zu  
begleiten. Er ist Direktor eines psychiatrischen Krankenhauses in Neapel und  
er spricht deutsch

Claude Bourdet:

Zum Zeitpunkt des Hungerstreiks, als es schnell gehen musste, sind zunächst nur Jean Pierre Faye und ich Mitglieder der Kommission geworden. Aber jetzt, wo es sich um eine Arbeit von Monaten und Jahren handeln kann, sehe ich keine Schwierigkeit, drei bis vier Mitglieder pro Land in die Kommission aufzunehmen. Die Schwierigkeit ist dabei der Kontakt unter den Mitgliedern.

Gérard Soulier schlägt weitere Mitglieder vor:

David Cooper, <sup>Quattri</sup> ~~Bacchi~~, Gilles Deleune etc. und darüber hinaus vielleicht auch mehr Juristen: Brodin (Anwalt von Coissant), Brandres, Buskischer, Senator Janssen (Dänemark). - Die Namensliste ist nicht vollständig und sicher auch nicht immer richtig geschrieben. -

Gérard Soulier:

Die deutsche Regierung ist so empfindlich, was ihr Image angeht, dass es sich lohnen würde, ca. 20 einflussreiche europäische Persönlichkeiten wegen der Mitgliedschaft in der Kommission anzusprechen.

Wienke Zitzlaff:

Aber auf keinen Fall Mitglieder des Europaparlaments, denn die wären immer in erster Linie Mitglieder des Europaparlaments und erst in zweiter Linie Mitglieder der Kommission, wenn es darum ginge, die Belange der Gefangenen zu vertreten.

Tony Gifford:

Die Isolation ist eine Bedrohung für uns alle, weil sie auf andere Länder übergreift. Darum ist es wichtig, dass wir Besuche machen, damit wir danach die Möglichkeit haben, die Isolation aus eigener Erfahrung und Anhörung anzuklagen.

Wienke Zitzlaff:

Unter dem Brief von Claude Bourdet an die Bundesminister sind die Namen von Unterstützern der Kommission aufgeführt. Mitglieder der Kommission sollten nur diejenigen sein, die effektiv mitarbeiten wollen (Ärzte, Juristen etc.), die Zahl der Unterstützer dagegen könnte sich noch sehr vergrößern.

Claude Bourdet:

Ich stelle mir hier eine geringe Erweiterung der Kommission durch Leute, die mitarbeiten wollen, vor und eine grössere Erweiterung durch Leute, die die Kommission unterstützen wollen.

Stefano Mistura:

In allen Ländern gibt es eine Form von Haftbedingungen, die den Menschen treffen an dem, was am menschlichsten ist, nämlich eine Identität zu haben. Die Kommission muss also gegen diese modernste Form der Folter kämpfen. Ich denke, wir können unsere Aktion nicht nur auf Deutschland beschränken. Die Kommission sollte eine Art Zivilgericht sein im Hinblick auf die Haftbedingungen. Ich glaube nicht, dass man zu einem Gespräch mit der Regierung gehen kann, um eine menschlichere Form von Haftbedingungen zu erreichen. Das Hauptziel der Kommission muss sein, mit präzisen Nachforschungen die Frage der Isolation als subtilste Form der Folter an die Öffentlichkeit zu bringen.

Gérard Soulier:

Um diese Haftbedingungen abzuschaffen, bin ich bereit, "mit Schlips und Kragen", also unter Berücksichtigung aller konventionellen Höflichkeitsregeln, mit einem Minister zu verhandeln.

Für uns und selbst für die Regierung sind sie politische Gefangene, aber da es nicht "festgeschrieben" ist, dass es politische Gefangene gibt, müssen wir eben einen anderen Modus finden.

Ich habe eben gehört, dass in Italien die politischen Gefangenen alle einzeln verlegt worden sind. Ich bin nicht RAF oder Rote Brigaden - ich bin gegen diese Haftbedingungen!

Claude Bourdet:

Wir wünschen, dass unsere Kommission eine grosse Einrichtung wird, aber im Augenblick können wir uns nur um die Haftbedingungen kümmern. Also müssen wir den Titel so weitläufig wie möglich halten.

Erneute Diskussion über den Titel der Kommission - verschiedene Vorschläge:

- Internationale Kommission zur Untersuchung der Lebensbedingungen in Gefängnissen
- Internationale Kommission für die Aufhebung der Isolation
- Internationales Komitee gegen Isolationsfolter
- Internationale Untersuchungskommission zu den Lebensbedingungen Gefangener und für die Abschaffung der Isolationshaft
- Internationale Kommission zum Schutz Gefangener und gegen die Isolationshaft

Der zuletzt vorgeschlagene Titel wurde schliesslich akzeptiert.

~~Die Mitglieder der Kommission wurde eine umfangreiche Dokumentation als Arbeitunterlage überreicht.~~

Abschliessend wurde gemeinsam ein Bericht erarbeitet über den derzeitigen Stand der Bemühungen der Kommission und ihrer Zusammensetzung, der die Grundlage einer breiten Öffentlichkeitsarbeit sein wird, die unmittelbar die Veröffentlichung des Berichts einsetzen soll.

Wienke

12.9.1979

Ergänzungen z u Christas Bericht:

Christas Bericht kam heute - sie hat, so gut sie konnte, während der Sitzung Stichworte mitgeschrieben. Ich ergänze da, wo es mir wichtig erscheint.

Zunächst noch ein paar Sätze zur Vorgeschichte: Ausgemacht war, daß die Berliner Mittwochgruppe eine Doku zusammenstellt mit allem, was seit dem HS von den Gefangenen, den Anwälten und von Gerichtsbeschlüssen vorliegt. Die Berliner hatten zugesagt, die Übersetzungen vorzubereiten, da alle Kommissionsmitglieder Frz. können, aber weder Mistura, noch Gifford, Soulier, Deutsch verstehen, Faye nur wenig - ich die einzige bin, die zu wenig Frz. kann. Aus Berlin erhielten wir überhaupt keine Unterlagen, nur den Vorschlag, erst die Kritik aus den Kästen zu diskutieren und die Sitzung dafür zu verlegen. Da sich alle Mitglieder auf diesen Samstag geeinigt hatten und es war ja auch bis auf die Holländer alle da, es überdies sehr schwer ist, so viel Leute an einem Ort zusammenzufassen und weiter nach keiner Einschätzung die Kritik vorzubringen in der Kommission diskutiert werden muß und nicht außerhalb, haben Christa und ich entschieden, daß wir keine Terminverschiebung vornehmen. Aus Frankfurt bekam ich Materialvorschläge gleich 8-fach. So mußte ich mich einen Nachmittag hinsetzen und alles Material durchsehen, was mir vorlag. ~~Das~~ ergab sich dann die 87-seitige Doku, aus der das Inhaltsverzeichnis beigelegt ist (s. Anlage). Freunde haben mir drum alles 8-fach und zusammengeheftet vor Abfahrt des Zuges hergebracht, damit ich alles dabei hatte. Und das war sehr wichtig. Ich muß an dieser Stelle loswerden, daß ich eine Sauwat hatte. Es ist mir unmöglich, so zusammenzuarbeiten. Auch mein Arbeitstag hat nur 24 Stunden. Ich denke, daß in Zukunft alles besser organisiert ist - andere haben ihre Mitarbeit zugesagt.

Zum 2., zu den Mitgliedern der Kommission: Einige davon waren Mitglieder des Russel-Tribunals - und Bourdet hat bei der Sitzung in Kjn mehrfach betont, daß die Entscheidung, Haftbedingungen nicht zu behandeln, gegen seinen Willen erfolgt ist. Die Gruppe innerhalb Russels, die seiner Meinung waren, hätten beschließen, einen Weg zu finden, um was gegen diese Haftbedingungen zu tun. Die Forderung des HS "Bildung einer internationalen Kommission zur Überwachung etc..." gab dann den letzten Anstoß.

Jetzt zur Sitzung: Gegen 12 Uhr waren Bourdet, Soulier, Gifford, Mistura, Christa und ich und Charlotte, die später die einzelnen Dokumente unserer Doku kurz referierte, anwesend. Faye kam gegen 15,30, Casalis 17 Uhr, Gifford mußte um 17 Uhr, Mistura 17,30 Uhr mit Charlotte gehen. Die Sitzung endete um 19 Uhr mit der Erklärung, die Frz. gefaßt ist, Charlotte wollte die Übersetzung per Eilboten schicken.

Mein Bericht zur Konstituierung der Kommission: Forderung des HS, auf den die Mitglieder so geantwortet haben. Begründung zum HS-Unterbrechung: Verhandlungszeitraum zu lassen, ebenso für ai. Im Gegensatz zu ai, das über die Gefangenen und die Haftbedingungen verhandelt erwarten die Gefangenen, daß diese Kommission mit ihnen selbst verhandelt. - Da kam, weiß nicht mehr von wem, ne Rückfrage, die ich dahingehend beantwortete, daß ~~die Gefangenen nicht erwarten, daß die Kommission RAF-Politik vertritt, aber sich auch nicht von der RAF distanzieren~~

Zu s. 2: Diskussion zur Haftentlassung: Mein Vorschlag zur Diskussion wurde m. so präzisiert, daß unser Ziel nicht sein kann, eine Haftentlassung erst zu erreichen, wenn der Gesundheitszustand

so bei Ferner. Einwurf Soulier: Oder Kathrina Hammerschmidt - bei ihr war klar, daß es keine Tote im Knast geben sollte. Hier schloß sich auch die Diskussion an, daß es nur Aussagen gibt, daß hier keiner mehr rausgelassen werden soll. Hamburg: Es hungert sich keiner raus. Oder die Angebote auf Entlassung, wenn einer der Politik abschwört. Hier bestnd m.M. nach Konsens, daß diese Entlassungsvoraussetzungen von der Kommission zurückzuweisen sind.

Die Namensgebung, auf die ich erst am Ende einging, nahm dann einen sehr breiten Raum ein - über die Endlösung bin ich nicht glücklich - aber ein noch längere Diskussion hätte man eine praktische Frage nicht möglich gemacht, weil die Zeit drängte. Langfristig denke ich, daß der Name präzisiert wird. Die Namensgebung wurde wesentlich von taktischen Fragen bestimmt. Die Kommissionsmitglieder verstanden sich als zum Schutze politischer Gefangener gegen Isolationsfolter.

Es kam auch die Frage auf, ob nur in der BRD. Ursprünglich hatten die Mitglieder sich so verstanden. Mistura hat da wesentlich zu beigetragen, daß die Arbeit nicht auf die BRD beschränkt wird. Und für alle war klar, daß sie die Sicherheitstrakte in ihrem eigenen Land verhindern wollen, daß sie sich gegen diesen Exportartikel aus der BRD wehren.

Zu S. 3: Ich hatte Soulier unterstellt, daß er sagen wollte, Hanna Krabbe könne nicht lebenslanglich diesen Haftbedingungen ausgesetzt werden. Er sprach von ihr, weil er sie gesprochen hat - daß deshalb eine Haftzeit notwendig sei. Hier schaltete ich ein und sagte, ich verstehe meine Arbeit so, daß als Ziel im Auge zu behalten ist, daß keiner lebenslanglich drin bleibt. Bei Hanna habe ich das begründet, daß sie Sprengung in Stockholm ja vom MEK kam. Ich hatte den Eindruck, daß diese Zielsetzung von allen grundsätzlich akzeptiert wird.

Soulier, selbst Prof. der Rechte (Jura) wünschte Ausschöpfung aller Möglichkeiten rechtlicher Art, u. a. Einschalten des Europaparlaments, das aber wohl keiner von uns gewählt hätte. Als Beispiel schlug er vor, Panella anzusprechen. Darauf die Antwort von Mistura - ich war froh, daß diese Diskussion schon gelaufen war.

Ansonsten besteht Einigkeit, daß auch dieser Weg beschritten werden soll, nur sind noch keine konkreten Vorstellungen entwickelt.

S. 4: Mein Beitrag: Ich habe ihn etwas anders in Erinnerung, will aber Christa nichts wegstreichen, weil, wenns 2 berichten, manches klarer wird.

In der Diskussion über das Vorgehen gegenüber den Autoritäten vermischte sich für mich zu sehr inhaltliches und taktisches. Ich wünschte vorher eine inhaltliche Klärung: 1. Unser Verhalten gegenüber den Gefangenen taktisch oder gegenüber der Regierung? Antwort: Natürlich nicht gegenüber den Gefangenen. 2. Ist es für alle Kommissionsmitglieder klar, daß es politische Gefangene sind? Uneingeschränkt. Schon der Personenkreis macht klar, wen die Kommission meint. Ich bin sicher, stringent durchgehalten zu haben, daß ich nicht auf das Wort politische verzichten will - daß ich aber über taktisches erhalten sonst zu reden bereit bin.

S. 4 unten/ S. 5: ~~Die Kommission vorantreiben, was die Forderung~~  
~~Interaktion nicht mehr~~  
~~die Kommission vorantreiben~~  
~~die Kommission vorantreiben~~

Zur Mitte S. 5: Hinter dem "Verstehe ich" steht sehr viel mehr, als sich so sagen läßt. In der Abschlusserklärung, die ja noch kommt, würde ich glaube ich, deutlich.

S. 6 oben: Bourdet beschreibt aus seiner eigenen KZ-Erfahrung,

~~das Schlimmste~~ ~~unberechenbarkeit~~ ~~gewesen~~

S.8 unten: S. hier mit Schlips und Kragen - das ist nahezu unvorstellbar.

Zur Diskussion, ob noch hier weiter verhandelt wird: Die vorliegenden Antworten zeigen, daß nicht mit uns verhandelt werden soll - wir haben nicht die Macht, um Verhandlungen zu bitten. Das entspricht wohl auch der Einschätzung der 4 Berliner Frauen. So keine Verhandlungen, erst den öffentlichen Druck herstellen. Alle Kommissionsmitglieder der werden in den nächsten 4 Wochen Besuche machen - so ist es vorgesehen. Sie stellen den Besuchsantrag als Kommissionsmitglieder, kommen, soweit möglich, zu zweit, läßt sich aber nicht immer realisieren. Soweit Sonja die vorbereitet hatte, konnte auf die Sprache, die sie befragen können, Rücksicht genommen werden.

Unsere Arbeit hier draußen ist jetzt, ihnen zu helfen, daß die Anträge richtig gestellt werden und an die richtige Adresse gehen. Jedes Kommissionsmitglied wird danach in seinem Land entsprechende Öffentlichkeit herstellen. Vorgesehen ist in 4 - 6 Wochen innerhalb einer Woche, am liebsten an einem Tag PKs in Rom, Paris, London Amsterdam - jeder in seinem Land, weil die Reisen zu lang und zu kostspielig sind, pks in der Woche ablaufen müssen, die Mitglieder aber in der Woche die weite Reise nicht machen können. Wichtig ist dann wieder ein Treffen der Mitglieder. Die Kommission soll um alle die Personen erweitert werden, die bereit sind, die am Wochenende festgelegten Einschätzungen zu akzeptieren, persönlich Gefangene zu besuchen und danach sich an all der konzipierten Arbeit zu beteiligen. Wer das alles nicht machen will/kann, soll als Unterstützer helfen.

Gifford wird bei mir vorstellig werden, in unserem Auftrag als unser Mitglied.

Schwierig sind jetzt die Konkretionen, die meiste Arbeit wird hier an uns hängen müssen - ein Sekretariat wie bei der IWK soll es nicht geben, finde ich auch besser - die Kommission ist ihr eigenes Sekretariat - d.h. die deutschen Mitglieder müssen die Arbeit organisieren.

Ich halte es für gut, wenn die Gefangenen jetzt selbst an die Kommissionsmitglieder schreiben, selbst den Kontakt aufnehmen. Ich fände es hilfreich, wenn Christa oder ich davon eine Kopie bekommen können - zwischen uns läuft die Information zuversichtlich, was die eine hat, bekommt die andere. Wir können dann, wenn wir von Briefen wissen, nachhelfen.

Zusammengefaßt stelle ich für mich fest, daß ich mir diese Kommission schon vor 6 Jahren gewünscht hätte. Ich habe das 1. Mal das Gefühl, daß hier jeder mit seinem persönlichen Einsatz arbeiten will - und daß die Planung auf Jahre nicht ein Hinweis auf "eithaben" ist, sondern ein Hinweis darauf, daß nicht für kosmetische Veränderungen gearbeitet werden soll. Alle Mitglieder wollen jede Möglichkeit nutzen, die sie haben, um Öffentlichkeit herzustellen. Z.B. ist Anfang Oktober ein Kongreß in Rom, wo Soulier und Mistura zur Kommission reden wollen.

13.9.PS: Unsere Diskussion hier ergibt, daß vermutlich die Namensgebung am meisten Zündstoff bietet, zumal die anderen Ergebnisse diesen Kompromiß noch unverständlicher machen. Als alles fertig war waren aber nicht mehr alle Mitglieder da, eine Änderung nicht mehr möglich. Ich meine, wir sollten die Inhalte vorantreiben und dadurch zu einer Namensänderung kommen. Könnt Ihr ja vielleicht auch bei den Besuchen diskutieren.

Abbé Pierre FAYE

Paris, den 19. 7. 79

Wir sind gern bereit, jederzeit nach Bonn zu kommen, um mit Ihnen und Herrn Minister Dr. Baum oder mit einigen von Ihnen gemeinsam beauftragten verantwortlichen Personen zu sprechen. Verstehen Sie bitte richtig, dass es unser Anliegen ist, einer dauerhaften Normalisierung der Lage zu dienen und in dieser Weise sowohl den Gefangenen als auch der Bundesrepublik nützlich zu sein.

Herrn Dr. VOGEL  
Justizminister  
Rosenburg  
53 BONN 1

In Anbetracht der ernsten Lage bitten wir Sie dringend, einen Termin sobald wie möglich vorzuschlagen. Zugleich wären wir Ihnen dankbar, diesen rechtzeitig zu erfahren, damit wir uns für die Reise persönlich einrichten und uns mit den beiden Vertretern der Familien, die uns begleiten würden, Frau Zitzlaff und Frau Cullen, verständigen können.

Sehr geehrter Herr Minister,

Hochachtungsvoll,  
für Jean Pierre Faye und Claude Bourdet

Claude Bourdet

Diese Initiative wird u.a. von Pastor Georges Casalis, Theologe, Abbé Pierre Toulat, Sekretär der Kommission Justiz und Frieden beim französischen Episkopat, und Professor Gérard Soulier, Professor für Recht an der Universität von Amiens, unterstützt.

Antwort erbeten an: entweder Frau Wienke Zitzlaff, 6301 Staufenberg 1, Grabenstr. 14  
oder Monsieur Claude Bourdet, 47 av. Léna, 75016 Paris, France

In einem Brief vom 21.6.79 hat Wienke Zitzlaff Sie um einen Termin für eine Unterredung mit Frau Christa Cullen und uns beiden ( Jean Pierre Faye und Claude Bourdet ) gebeten, um mit Ihnen über die Haftverhältnisse gewisser Häftlinge in der Bundesrepublik zu sprechen. Wir verstehen wohl, dass es Ihnen befremdend erscheinen mag, dass Ausländer sich in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen. Aber es handelt sich für uns in erster Linie um ein menschliches Problem, das über jegliche nationale Grenze hinausgeht. Wir möchten Ihnen versichern, dass wir unser Möglichstes tun werden, um zu einer dauerhaften friedlichen Lösung beizutragen, die sowohl für die Häftlinge als auch für die deutschen Behörden annehmbar ist.

Unser Eingreifen in dieser Sache ist nicht aus unserer eigenen Initiative heraus geschehen, sondern entspringt der dringenden Bitte der Gefangenen selbst und ihrer Familien, eine kleine internationale Kommission zu bilden, um die verantwortlichen westdeutschen Behörden aufzuspüren. Wir haben es nicht gewagt, diese Bitte abzulehnen, da wir den klaren Eindruck hatten, dass viele Gefangene in eine Stimmung von Verzweiflung geraten sind und das Gefühl haben, von der ganzen Welt aufgegeben zu sein. Es schien uns, dass diese Stimmung dem letzten Hungerstreik einen höchst gefährlichen Charakter verliehen hat.

Teilweise sei der Abbruch des Hungerstreiks eine erste Folge unserer Zusage gewesen, wie uns von den Angehörigen und Anwälten mitgeteilt wurde. Demzufolge hätten die Häftlinge in der Hoffnung, dass unsere Unterredungen mit den Behörden zu einer Verbesserung der Haftbedingungen führen, den Hunger- bzw. Durststreik vorerst abgebrochen, damit genügend Zeit für diese wie auch für die von Amnesty International mit den verantwortlichen Stellen vorgesehenen Gespräche gegeben sei. Wir waren persönlich sehr erleichtert über diesen Entschluss und sind uns noch mehr bereit, unsere Hilfe für eine friedliche Lösung zur Verfügung zu stellen, welche nach gewissen Erklärungen von amtlicher Seite als nicht unmöglich erscheint.

Dagegen wäre es natürlich höchst unerwünscht, wenn die Zeit vorbeiginge, ohne dass sich eine befriedigende Lösung abzeichnete, und die Gefangenen wieder aus Verzweiflung zum Hungerstreik als ihrem letzten jedoch sehr gefährlichen Mittel griffen, um eine Besserung ihrer Lage zu erreichen. Die möglichen Konsequenzen würden Sie in diesem Falle, Herr Minister, besser als wir abschätzen können.